

# FORUM

## **„68“ als politische Herausforderung. Der Einfluss der 68er-Bewegung auf den Wandel der politischen Parteien in Frankreich und in der Bundesrepublik**

**Mathieu Dubois**

*Es gibt eine lange Tradition der Parteien, in der sozialdemokratischen, der konservativen, den liberalen Parteien; ohne die jetzt geschichtlich aufzurollen, haben wir nach 1945 eine sehr klare Entwicklung der Parteien, wo die Parteien nicht mehr Instrumente sind, um das Bewusstsein der Gesamtheit der Menschen in dieser Gesellschaft zu heben, sondern nur noch Instrumente, um die bestehende Ordnung zu stabilisieren [...] – ich meine, viele Menschen sind nicht mehr bereit, in den Parteien mitzuarbeiten, und auch diejenigen, die noch zur Wahl gehen, haben ein großes Unbehagen über die bestehenden Parteien. [...] Grundsätzlicher Unterschied, dass wir begonnen haben, Organisationen aufzubauen, die sich von den Parteistrukturen unterscheiden dadurch, dass in unseren Organisationen keine Berufspolitiker tätig sind, dass bei uns kein Apparat entsteht, dass bei uns die Interessen und die Bedürfnisse der an der Institution Beteiligten repräsentiert sind, während in den Parteien ein Apparat vorhanden ist, der die Interessen der Bevölkerung manipuliert, aber nicht Ausdruck dieser Interessen ist.<sup>1</sup>*

So formulierte Rudi Dutschke im Dezember 1967 seine Kritik der Parteien als überholtes und elitäres Modell des politischen Engagements, Hüter der Gesellschaftsordnung und Instrumente der Massenkontrolle. Damit war auch gleichzeitig die Veränderung

1 Rudi Dutschke, Gespräch mit Günter Gaus in der ARD-Sendung „Zu Protokoll“ vom 3. Dezember 1967.

der Politik eine grundsätzliche Etappe des „Marsches durch die Institutionen“<sup>2</sup> und eine Herausforderung für die politischen Parteien, deren Existenz durch einen Teil der protestierenden Jugend in der Bundesrepublik sowie in Frankreich in Frage gestellt wurde. Diese radikale und dauerhafte Kritik an den Parteien in der Zeit der Studentenbewegung und danach<sup>3</sup> darf nicht aus den Augen verlieren lassen, dass diese Herausforderung wahrgenommen worden ist. Das gilt nicht nur für die Linksparteien, sondern auch für Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum der beiden Länder. Ganz im Gegensatz zu Dutschkes Vorstellung, die später von linksradikalen Erben der Studentenbewegung gern kolportiert wurde,<sup>4</sup> erlebten die parlamentarische Demokratie und das Parteiensystem in den siebziger Jahren eine wahre Blütezeit. Die gesamte Mitgliedschaft der etablierten Parteien verdoppelte sich und erreichte 1976 968 000 Mitglieder in Frankreich und 1 954 000 in der Bundesrepublik.<sup>5</sup> Auch wenn dieser Frühling der politischen Beteiligung andere europäischen Länder (Belgien, Schweden, Finnland) ebenso betraf, war er nirgendwo so spektakulär.<sup>6</sup> Angesichts dieser Elemente, erscheinen die französischen und westdeutschen Parteien als die Hauptbegünstigten der massiven Politisierung der jungen Generation in den Jahren um 1968.

Dies widerspricht dem Bild von „68“ als Abschwächung der Legitimität der Parteien und der parlamentarischen Demokratie im Allgemeinen insofern, als die Protestbewegung für die französischen und westdeutschen Parteien eher einer Wandlungsphase entsprach, in der die Berücksichtigung der politischen Bestrebungen der Massen und die Distanzierung von einem elitären Politikmodell den Leitfaden darstellten.<sup>7</sup> Daher stellt sich die Frage nach den Bedingungen und Konsequenzen dieses Wandels innerhalb der Parteien. Es geht hier also darum, die Modalitäten dieser teilweise erfolgreichen Integration der Massen in die Politik am Wendepunkt der sechziger und siebziger Jahre zu beleuchten. Ziel ist nicht, den Einfluss der Protestbewegung auf die Veränderung politischer Ideen oder auf die Entwicklung des politischen Spektrums beider Länder zu ermitteln, sondern ihre

2 Über diesen Begriff siehe W. Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 81-88.

3 Die westdeutsche Studentenbewegung kennzeichnete sich durch ihre Dauer zwischen Juni 1967 und Mai 1968, während die französische Bewegung sich auf „Mai 68“ konzentrierte und von der Beteiligung der Arbeiter und dem massiven Streik bekräftigt wurde. Über die 68er-Bewegung in den beiden Ländern siehe u. a. G. Dreyfus-Armand et al. (Hrsg.), *Les Années 1968, le temps de la contestation*, Paris 2000; I. Gilcher-Holtey, *Die 68er Bewegung: Deutschland – Westeuropa – USA*, München 2001; „1968. Une histoire comparée: l'Allemagne fédérale et ses partenaires occidentaux“, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, Nr. 2, April-Juni 2003; C. von Hodenberg/D. Siegfried (Hrsg.), *Eine „zweite Gründung?“ „1968“ und die langen 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik*, Göttingen 2006; H. Miard-Delacroix, „1968 dans une perspective franco-allemande“, in: R. Zschachlitz (Hrsg.), „1968 – Quarante ans plus tard“, in: *Cahiers d'études germaniques*, Bd. 54 (1/2008), S. 36-51.

4 Dieses Bild hat auch die Geschichtsschreibung über „68“ teilweise beeinflusst. Die Studentenbewegung wurde manchmal als Ausgangspunkt des Zerfalls mancher Parteien u. a. des PCF beschrieben. Siehe H. Hamon/P. Rotman, *Génération*, Bd. 1, *Les années de rêve*, Paris 1987 und Bd. 2, *Les années de poudre*, Paris, 1988.

5 P. Delwit, „Still in Decline? Party Membership in Europe“, in: É. Van Haute (Hrsg.), *Party Membership in Europe: Exploration into anthills of Party Politics*, Brussels 2011, S. 30.

6 In den meisten westeuropäischen Parteien sanken die Mitgliederzahlen mehr oder weniger kontinuierlich seit Kriegsende (ibid.).

7 A. Doering-Manteuffel, „Politische Kultur im Wandel. Die Bedeutung der sechziger Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik“, in: A. Dornheim/S. Greiffenhagen (Hrsg.), *Identität und Politische Kultur*, Stuttgart 2003, S. 146-158.

Rolle innerhalb des strukturellen und inneren Wandlungsprozesses der politischen Parteien in den „langen sechziger Jahren“ aufzuzeigen. Diese Fragestellung ermöglicht, die 68er-Bewegung in die politische Geschichte ihrer Zeit einzuordnen bzw. in eine Periode der Stabilisierung des Modells der parteilichen Demokratie in Europa.<sup>8</sup>

### Ein Wandlungsprozess, der bereits vor „68“ begann

Die allmählich stärkere Bedeutung der politischen Parteien im Laufe der sechziger Jahre wird umso deutlicher, wenn man die Beschränkung ihrer Rolle in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts in Betracht zieht. Damals waren die zwei wichtigsten Figuren der politischen Szene beider Länder noch keiner Partei beigetreten. Während Präsident Charles de Gaulle seine fundamentale Ablehnung dieser Form der Volksvertretung offen zeigte, trat Ludwig Erhard erst der CDU bei, um die Präsidentschaft der Partei 1966–1967 zu übernehmen, d. h. drei Jahre nach seiner Ernennung zum Bundeskanzler.

Die Stärkung der politischen Parteien sollte sich langsam tatsächlich durchsetzen, obwohl sie schon in den Texten vorbereitet wurde. Nach 1945 sollten die Parteien den Eckstein einer Stabilisierung der Demokratie bilden. In der Bundesrepublik ermächtigte schon das Grundgesetz 1949 die politischen Parteien, „bei der politischen Willensbildung des Volkes“ mitzuwirken.<sup>9</sup> Trotz de Gaulles Misstrauen gegenüber den Parteien erkannte ihnen 1958 die Verfassung der Fünften Republik zum ersten Mal in Frankreich eine offizielle Rolle bzw. die Mitwirkung „bei der Wahlentscheidung“ zu.<sup>10</sup> In der Bundesrepublik sollte diese verfassungsrechtliche Anerkennung mit einer Demokratisierung der internen Funktionsweise der Parteien einhergehen. Erst mit dem Parteiengesetz vom 24. Juli 1967 verpflichteten sich die Parteien selbst, ein Programm vorzulegen, sich nach einer demokratischen Satzung zu richten und eine transparente Finanzierung zu gewährleisten. Die von diesem Gesetz organisierte öffentliche Finanzierung der Parteien stellte auch einen wichtigen Schritt für die Anerkennung ihrer Rolle in der Bundesrepublik dar. Ein ähnliches Gesetz über den Status und die Finanzierung der Parteien sollte es in Frankreich nicht vor 1988 geben. Die französischen Parteien waren bislang einfache Vereine (*associations*), die immer noch nach dem Gesetz von 1901 reglementiert waren. Dieser Unterschied spiegelte die größere politische sowie soziale Bedeutung der Parteien in der deutschen Gesellschaft seit Ende des 19. Jahrhunderts wider.<sup>11</sup> Dazu wurde der Wandlungsprozess der deutschen politischen Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg durch das

8 M. Conway, „Democracy in Postwar Modern Europe: Triumph of a Political Model“, in: *European History Quarterly*, 32, 1, 2002, S. 59–84; Id., „Rise en Fall of Western Europe’s *Democratic Age, 1945–1973*“, in: *Contemporary European History*, Bd. 13 (2004), S. 67–88.

9 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der Fassung vom 23. Mai 1949, Artikel 21-1.

10 „Les partis et les groupements politiques concourent à l’expression du suffrage.“ Verfassung der Fünften Republik in der Fassung vom 4. Oktober 1958, Artikel 4.

11 Siehe dazu A.-M. Saint-Gille (Hrsg.), *Cultures politiques et partis aux XIXe et XXe siècles: l’exemple allemand*, Lyon 2005; C. Demesmay / M. Glaab (Hrsg.), *L’Avenir des partis politiques en France et en Allemagne*, Villeneuve d’Ascq 2009.

Gebot der Demokratisierung schon sehr früh in Gang gesetzt. Ihre Richtlinien waren ab den fünfziger Jahren von demokratischen Prinzipien geprägt, u. a. der Wahl der Mandatsträger und Vorstandsmitglieder, der Offenlegung von jährlichen Rechenschaftsberichten, der Öffentlichkeit von Debatten und Entscheidungen, der regelmäßigen Einberufung von Parteitag. Auch wenn all diese Eigenarten der westdeutschen Demokratie noch sehr formell funktionierten, verschafften sie ihr einen deutlichen Vorsprung gegenüber den meisten ihrer europäischen bzw. französischen Pendants.<sup>12</sup>

In beiden Ländern erfolgte der Wandlungsprozess des politischen Lebens allerdings weniger durch die Gesetzgebung als durch eine Neugestaltung des Parteiensystems. In der Bundesrepublik führte die Renaissance der Sozialdemokratie nach dem Godesberger Parteitag 1959 zum ersten Machtwechsel im Rahmen der Großen Koalition (1966) und später der sozial-liberalen Koalition (1969).<sup>13</sup> In Frankreich zwang die Einführung der allgemeinen und direkten Wahl des Präsidenten 1965 die Parteien, sich anzupassen und Bündnisse zu knüpfen.<sup>14</sup>

Diese Neugestaltung des Parteiensystems beschleunigte gleichzeitig den Wandlungsprozess der Parteien in das Modell der Volkspartei.<sup>15</sup> Dieser Prozess betraf zuerst die Parteien des linken Spektrums, die sich Anfang der sechziger Jahre in der Opposition befanden. Wenn der Godesberger Parteitag die ausschlaggebende Wende für die programmatische Entwicklung der Sozialdemokratie darstellte, hatte schon ein Jahr zuvor der Stuttgarter Parteitag neue Richtlinien für die Funktionsweise der SPD verabschiedet, die die Macht des Parteivorstands zugunsten der Fraktion und des Präsidiums verringerte.<sup>16</sup> Nach dem Tod von Maurice Thorez 1964 begann das *aggiornamento* des PCF, das gleichzeitig eine programmatische Erneuerung und grundsätzliche Veränderung des innerparteilichen Lebens einleitete. Anlässlich der Sitzung des Zentralkomitees in Argenteuil im März 1966 wurde die Entwicklung des internen Pluralismus und der Theoriedebatten gefördert mit dem Ziel, einen breiten und offenen Dialog mit den Massen zu eröffnen.<sup>17</sup> Innerhalb

12 Dieser Unterschied erklärt auch teilweise die Diskrepanz des verfügbaren Archivmaterials zwischen den westdeutschen und französischen Parteien in der Nachkriegszeit. Auch wenn die Erhaltungsarbeit der deutschen Parteistiftungen eine wesentliche Rolle dabei gespielt hat, war das Archivmaterial ursprünglich umfangreicher auf deutscher Seite, weil die innerparteilichen Diskussionsgremien regelmäßiger tagten, ihre Gespräche und Ergebnisse formeller protokolliert waren und oft sogar veröffentlicht wurden.

13 K. Schönhoven, *Wendejahre: die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition (1966–1969)*, Bonn 2004.

14 G. Richard / J. Sainclivier (Hrsg.), *Les partis et la République. La recomposition du système partisan 1956–1967*, Rennes 2007; Id., *Les partis à l'épreuve de 68. L'émergence de nouveaux clivages, 1971–1974*, Rennes 2012.

15 Siehe dazu M. Duverger, *Les partis politiques*, Paris 1951; J. Charlot, *Les partis politiques*, Paris 1971; O. Kirchheimer, „Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems“, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 1 (1965), S. 20–41. K. Rudolph, „Die 60er Jahre – das Jahrzehnt der Volksparteien?“, in: A. Schildt/D. Siegfried/K. C. Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten: die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 471–491.

16 T. Großbölting, „Als Laien und Genossen das Fragen lernten. Neue Formen institutioneller Öffentlichkeit im Katholizismus und in der Arbeiterbewegung der sechziger Jahre“, in: M. Frese/J. Paulus/K. Teppe (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003, S. 166–167. Siehe auch P. Lösche/F. Walter, *Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Darmstadt 1992.

17 J. Vigreux, „Waldeck Rochet et les intellectuels – à propos du comité central d'Argenteuil du PCF (1966)“, in: *Nouvelles Fondations*, 3/4 (2006), S. 139–141.

der nichtkommunistischen Linken stützte sich auch die Gründung der *Fédération de la gauche démocratique et socialiste* (FGDS) 1966 auf die Ablehnung der sehr hierarchischen und autoritären Machtverhältnisse der alten SFIO. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums beschleunigte die Perspektive eines Ausscheidens der historischen Figuren den Wandlungsprozess der Parteien. Der Rücktritt Konrad Adenauers im Oktober 1963 gab der Modernisierung der CDU einen neuen Antrieb. Die Einführung von mehr Transparenz und Beteiligung der Mitgliederbasis in den Entscheidungsprozessen führte zu einem „kleinen ‚1968‘“ innerhalb der Christdemokratie.<sup>18</sup> Nachdem de Gaulle bei der Präsidentschaftswahl im Dezember 1965 in die Stichwahl gezwungen wurde, begann sich die *Union des Démocrates pour la République* unter der Führung Georges Pompidous allmählich zu strukturieren.<sup>19</sup>

Dieser Wandlungsprozess entsprach folglich nicht nur der Neugestaltung des Parteiensystems, sondern eher einer grundsätzlichen Veränderung der innerparteilichen Strukturen und Funktionsweise. So unterschiedlich diese Veränderung in den verschiedenen politischen Kulturen sein mochte, ging sie allgemein in Richtung einer breiteren Selbstständigkeit innerparteilicher Strukturen, einer größeren Mitgliederbeteiligung und dem Ziel, alle Wählerschichten anzusprechen. Dies begünstigte die Entwicklung kategorialer Vereinigungen oder Arbeitsgemeinschaften. Frauenorganisationen wurden gegründet, z. B. die *Union des femmes françaises* des PCF (1944), die Frauenvereinigung der CDU (1956), der *Centre féminin d'étude et d'information* der Gaullisten (1965), die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen der SPD (1972).<sup>20</sup> Noch drängender war damals die Gründung von Jugendorganisationen, die über eine breitere Autonomie verfügten.<sup>21</sup> Schon 1953 erhielten die Jungdemokraten von der FDP eine sehr große Bewegungsfreiheit als unabhängiger Jugendverband. Kurz danach gewährte die CDU 1956 der Jungen Union selbständige Richtlinien und den privilegierten Status einer Vereinigung. In ähnlicher Weise bewilligte die SPD zwischen 1959 und 1963 den Jungsozialisten neue Richtlinien, die die Selbstständigkeit des Verbands begründeten. Mitte der sechziger Jahre ernannten die drei westdeutschen Jugendorganisationen ihre Vorstände durch demokratische Wahlprozesse und konnten ihre eigene politische Orientierung im Rahmen der Parteilinie bestimmen. Obwohl die meisten französischen Jugendorganisationen vor den neunziger Jahren über einen solchen Spielraum nicht verfügten, erlebten auch sie in den sechziger Jahren eine deutliche Veränderung ihrer Abhängigkeit zur Par-

18 F. Bösch, *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart 2002, S. 96.

19 J. Pozzi, *Les mouvements gaullistes. Partis, associations et réseaux (1958 à 1976)*, Paris 2011, S. 290-291.

20 S. Fayolle, *L'Union des Femmes Françaises: une organisation féminine de masse du parti communiste français (1945–1965)*, Diss. der Université Paris 1-Panthéon-Sorbonne 2005; F. Matonti, *Intellectuels communistes: essai sur l'obéissance politique: la Nouvelle critique (1967–1980)*, Paris 2005; C. Kiefert, *Politik ist eine viel zu ernste Sache, als dass man sie allein den Männern überlassen könnte. Die Frauenorganisationen in den deutschen Parteien*, Baden-Baden 2011.

21 W. Krabbe, *Parteijugend in Deutschland: Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945–1980*, Wiesbaden 2002. Über einen Vergleich der westdeutschen und französischen Jugendorganisationen, siehe M. Dubois, *Génération politique: „les années 1968“ dans les jeunesse des partis politiques en France et en RFA*, Paris 2014.

rei. 1965 wurde die Union des Jeunes pour le Progrès (UJP) von der gaullistischen Partei als autonomer Jugendverband gegründet. Ein Jahr später wurde der Mouvement de la Jeunesse communiste de France (MJCF) vom PCF umgestaltet, um dem Verband einen größeren Freiraum im organisatorischen Rahmen zu gewähren.

Diese Entwicklungen veranschaulichen das Bemühen der westdeutschen und französischen Parteien, sich der Notwendigkeit des Gewinns neuer Wählerschichten und der Massenmobilisierung anzupassen. Diese langfristige Evolution überschritt den nationalen Rahmen und die Grenzen der politischen Familien. Angefangen in den fünfziger und sechziger Jahren, war dieser Wandlungsprozess allerdings am Vorabend der Studentenbewegung weit davon entfernt, beendet zu sein. Konservative Tendenzen hatten immer noch das Wort und konnten die laufenden Entwicklungen wirksam bremsen. Sie schätzten andere Modelle der Parteigestaltung wie erneuerte Formen der Honoratiorenpartei oder das gaullistische „compagnonnage“. Überall war der Wandel zumindest zaghaft. Indem die Protestbewegung die Weiterentwicklung der Parteimodernisierung als unerlässlich erscheinen ließ, trug sie dazu bei, diesen Wandlungsprozess im folgenden Jahrzehnt zu beschleunigen.

### **Die 68er-Bewegung als Beschleuniger des Parteienwandels**

Die 68er-Bewegung bzw. die APO in der Bundesrepublik und die Mai-Ereignisse in Frankreich stellten eine Herausforderung an die parlamentarische Demokratie und das etablierte Parteiensystem dar. Die Prinzipien der parlamentarischen Vertretung sollten durch neue und direkte Mittel der Meinungsäußerung ersetzt werden. Außer der Kritik ihrer Unfähigkeit, die Massen zu vertreten, waren die Parteien vor Ort vom Aktivismus der Studentengruppen überfordert. Die Beweglichkeit, die Schnelligkeit, die Kreativität dieser aus ein paar hundert Mitgliedern bestehenden Gruppen bildete zur geringen Aktionsfähigkeit der Parteien einen starken Kontrast. Die regelmäßigen Störungen bei Auftritten von Kurt Georg Kiesinger im Wahlkampf in Baden-Württemberg im April 1968 trafen die CDU völlig unvorbereitet.<sup>22</sup> Im selben Monat hatte der kommunistische Abgeordnete und Mitglied des Politbüros des PCF, Pierre Juquin, unter den Buhrufen der Maoisten vom Campus von Nanterre fliehen müssen. Solche Szenen illustrierten konkret das Infragestellen der Autorität der Parteien durch die protestierende Jugend. Angesichts der Häufigkeit der Studentendemonstrationen<sup>23</sup> versuchten die Parteien quantitativ zu reagieren und mobilisierten massiv ihre Mitglieder. Besonders bemerkenswert ist, dass die größten Demonstrationen des Jahres 1968 auf Initiative von Links- und Rechtsparteien organisiert wurden. Die vom PCF und der CGT ausgerufene Demons-

22 G. Buchstab (Hrsg.), Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“ – Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969, Düsseldorf 2005, S. 877–878.

23 J. Reulecke, „Jugendprotest – ein Kennzeichen des 20. Jahrhunderts?“, in: D. Dowe (Hrsg.), Jugendprotest und Generationskonflikt in Europa im 20. Jahrhundert. Deutschland, England, Frankreich und Italien im Vergleich, Bonn 1986, S. 1–11.

tration am 13. Mai eröffnete in Frankreich die zweite Phase der Bewegung mit dem Beginn des Generalstreiks. Ebenso setzte die Gegendemonstration der Gaullisten am 30. Mai dem aufständischen Zustand ein Ende.<sup>24</sup> In der Bundesrepublik hatte die von der lokalen CDU und SPD organisierte Gegendemonstration in Westberlin am 21. Februar mehr Demonstranten mobilisiert als die Protestzüge gegen den Vietnamkrieg drei Tage zuvor.<sup>25</sup> Zahlreiche Parteimitglieder nahmen am Protest gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung im Mai teil.

Außerdem stimulierte die Protestbewegung in allen Parteien das Freisetzen neuer Initiativen und die Erprobung neuer Formen des politischen Handelns. Die fehlende Reaktion abwesender und schweigender Führungsstäbe oder sogar der zeitweilige Bruch mit ihnen regte zahlreiche lokale Vorstände oder einfache Mitglieder an, selbst die Initiative zu ergreifen. Das war vor allem in Frankreich der Fall, wo der Generalstreik die Kommunikation zwischen den verschiedenen Gliederungen der Parteien wochenlang lahmlegte. In der gaullistischen Bewegung wurde dieser spontane oder lokal organisierte Aktivismus später zur Basis der Gründung der *Comités de défense de la république* (CDR).<sup>26</sup> Gleichzeitig versuchten die lokalen Kreise des PCF, Komitees für „un gouvernement populaire d'union démocratique“ aufzubauen.<sup>27</sup> Die Studenten- und Jugendorganisationen der Parteien spielten eine wichtige Rolle in dieser Mobilisierung. Schon vor dem Einstieg des PCF in die Bewegung nahmen die kommunistischen Studenten- und Jugendverbände an den Protestzügen in den Universitäten und Gymnasien teil. In der Bundesrepublik beteiligten sich gegen die Anweisungen ihrer Parteien zahlreiche Jungdemokraten und Jungsozialisten bereits ab Juni 1967 an den Demonstrationen. Manche Gruppen der Jungen Union und des RCDS organisierten ihrerseits Hearings und Debatten mit Vertretern der APO und versuchten sich mit den radikalisierten Gruppierungen auseinanderzusetzen.<sup>28</sup> Solche Experimente sollten für die aktiven Mitglieder der Parteien den Maßstab setzen und schufen im folgenden Jahrzehnt die Grundlage einer Erneuerung der Basisarbeit innerhalb der Parteien. In diesem Zusammenhang wurde auch „68“ zum Motor vieler Veränderungen.

Trotz dieser punktuellen Anpassungen an die neuen Forderungen der Politik hatte die Protestbewegung die fehlende Reaktivität und Mobilisierungskraft der meisten Parteien, ihre verstaubte Propaganda, die Schwerfälligkeit ihrer hierarchischen Funktionsweise ans Licht gebracht. Nach der Bestürzung im Kern der Krise kam die Zeit der Bilanz. In den Jahren 1968–1969 fanden in allen Parteien intensive Debatten über die Notwendigkeit

24 F. Georgi, „Le pouvoir est dans la rue. La manifestation gaulliste des Champs-Élysées, 30 mai 1968“, *Vingtième Siècle*, 48 (1995), S. 46-60.

25 T. Nick, *Protest movements in 1960s in West-Germany: a social history of dissent and democracy*, Oxford 2003, S. 160.

26 F. Audigier, *Histoire du SAC. La part d'ombre du gaullisme*, Paris 2003, S. 139-147.

27 S. Courtois/M. Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, Paris 1995, S. 347-349.

28 W. Streeck/S. Streeck, „Die Gruppe 70: Grenzen konservativer Mobilisierung“, in: id., *Parteisystem und Status quo. Drei Studien zum innerparteilichen Konflikt*, p. 145-167; M. Kittel, *Marsch durch die Institutionen? Politik und Kultur in Frankfurt-am-Main nach 1968*, München 2011, S. 76-95; M. Dubois, „La Junge Union et le mouvement étudiant (1967–1969)“, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 1 (2009), S. 89-103.

einer Modernisierung statt. Am 8./9. Juli 1968 wurde die Sitzung des Zentralkomitees des PCF Anlass einer kontroversen Diskussion über den Vorschlag des offiziellen Philosophen der Partei, Roger Garaudy, einen „Dialog neuen Stils mit den Massen“ zu eröffnen. Die Diskussion setzte sich während der Dezembersitzung des Zentralkomitees fort und mündete in die Verabschiedung des Champigny-Manifestes über den „französischen Weg zum Sozialismus“. <sup>29</sup> Beim XIX. Kongress des PCF in Nanterre im Februar 1970 konnte Roger Garaudy eine divergierende Stimme zur offiziellen Linie der Parteiführung zu Gehör bringen, was seit 1926 nicht mehr geschehen war. <sup>30</sup> Das Zentralkomitee der gaullistischen Partei kritisierte im Oktober 1968 ebenfalls das Handeln der Partei während der Mai-Ereignisse. <sup>31</sup> Das im November 1968 verabschiedete Berliner Programm der CDU bestand auf einer Verstärkung der kritischen Beteiligung der Bürger in der Demokratie:

*Der Staatsbürger muß sich stärker an der politischen Meinungsbildung beteiligen können; die Parteien müssen sich als Forum der Aussprache verstehen. [...] Das kritische Engagement, insbesondere der jungen Generation, ist ein notwendiger Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Demokratie.* <sup>32</sup>

Kurz danach organisierte die SPD 1969 in einer Fragebogenaktion eine breite Konsultation ihrer jungen Mitglieder, um neue Formen der Zusammenarbeit mit der Jugend zu gestalten. <sup>33</sup> Überall eröffnete die Protestbewegung umfassende Überlegungen, die die Reformansätze der früheren Jahre festigten.

In manchen Parteien hatte jedoch diese Infragestellung keine unmittelbare Wirkung. Erst nach Wahlniederlagen konnten sich oft die von der Protestbewegung beschleunigten Reformen schließlich durchsetzen. Dies war vor allem der Fall in der CDU nach dem Wahldebakel im Dezember 1972. Interne Kritiken wurden freigesetzt und ermöglichten den Sieg der Modernisierungstendenzen um Helmut Kohl und Gerhard Stoltenberg, die die Parteiführung beim Bonner Parteitag im Juni 1973 übernahmen. <sup>34</sup> In Frankreich verblieb die gaullistische Union des démocrates pour la république bis zur Niederlage ihres Spitzenkandidaten beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl im Mai 1974 lange eher zurückhaltend. Sechs Monate später setzte die Übernahme der Parteiführung von Jacques Chirac eine rapide Veränderung der parteilichen Organisation in Gang. Nach heftigen Debatten über die Funktionsweise der gaullistischen Bewegung, insbesondere

29 Archives départementales de Seine-Saint-Denis (AD93), Archives du comité central du PCF, 261 J 2 / 44, séances du comité central des 8-9 juillet et des 5-6 décembre 1968.

30 Courtois/Lazar, S. 356.

31 R. Grossmann, L'Appel du gaullisme. De Charles de Gaulle à Nicolas Sarkozy 1958-2007, Monaco 2008, S. 216.

32 Bundesvorstand der CDU, 16. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Berlin, 4.–7. November 1968. Teil 1 – Niederschrift, Teil 2 – das Berliner Programm, Bonn, 1968, S. 78.

33 Archiv der Sozialen Demokratie (AdSD), SPD-PV-Protokolle, Sitzung des Parteirats – 4.3.1969. Über den Umgang der SPD mit der 68er-Bewegung siehe Robert Philipps, Zwischen Konfrontation und Integration. Die SPD und die Auseinandersetzung mit der 68er-Bewegung, Diss. der Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 2009.

34 21. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Bonn, 12. Juni 1973. Niederschrift, Bonn, 1973.

anlässlich der Sitzung des Zentralkomitees im Juni 1975, entschied man sich 1976 zur Gründung des *Rassemblement pour la république* nach dem Vorbild der Volkspartei.<sup>35</sup> Direkt oder indirekt zwang „68“ die Parteien, ihre Modernisierung bzw. ihre Veränderung zur Volkspartei zu beschleunigen. In der Hoffnung, von der massiven Politisierung zu profitieren, versuchten die Parteien einen breiten Partizipationsrahmen anzubieten. Obwohl die Protestbewegung auch eine unmittelbare Inspirationsquelle für die Veränderung der Basisarbeit war, blieb die Beschleunigung der internen Modernisierung die Hauptantwort der Parteien auf „68“.

### **Die Partei modernisieren: Integration der Massen in das politische Leben**

Diese Modernisierung stützte sich in allen Parteien auf drei Elemente, die die verschiedenen parteilichen Kulturen mehr oder weniger beeinflussten. Das erste war die Verstärkung eines zentralen Vorstands, der nun imstande war, eine gemeinsame Linie festzulegen und durchzusetzen. Das zweite war die Entwicklung einer modernen Kommunikation, die allen Wählerschichten gewidmet war. Das dritte war die steigende Beteiligung der Mitgliederbasis an allen Aktivitäten der Partei. All dies diente überall einem einzigen Ziel: einer höheren Effizienz der Partei in der Mobilisierung der Massen.

Die Verstärkung der Parteivorstände bedingte die Schaffung oder die Entwicklung spezifischer Leitungs- und Koordinierungsorgane. Paradebeispiel dafür ist die CDU, die sich erst 1967 nach einer jahrelangen Debatte einen Generalsekretär gab, was allmählich die Entwicklung der Parteizentrale ermöglichte.<sup>36</sup> Im selben Jahr reformierte Georges Pompidou die *Union pour la Nouvelle République* (UNR) und schuf die Stelle eines Generalsekretärs.<sup>37</sup> Nach einer schwierigen Debatte entschied sich schließlich der im Juli 1969 neugegründete *Parti socialiste* für die Wahl eines Ersten Sekretärs anstatt eines kollegialen Vorstands.<sup>38</sup> Diese Funktion sollte sich in den nächsten Jahren durch die Autorität von François Mitterrand durchsetzen.

In allen Parteien war diese Periode durch eine Flut von Richtlinien, Anweisungen und internen Briefwechseln sowie Mitteilungsblättern geprägt, die heute noch das Archivmaterial der siebziger Jahre von dem der früheren Jahrzehnte unterscheidet. Neue Instrumente wie elektronische Mitgliederkarteien verschafften den Vorständen ein genaueres Bild der verfügbaren Kräfte.

Unter dem Einfluss des Marketings und der privaten Kommunikation wurde auch die politische Propaganda grundsätzlich erneuert. Die Parteien, die noch nicht darüber ver-

35 F. Audigier, „La chiraquisation de l'UDR: une remise en cause du modèle militant gaulliste“, in: Richard/Sainclivier, *Les partis à l'épreuve de 68*, S. 195-207.

36 Siehe die Debatten des CDU-Bundesvorstands in Buchstab, *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969*, S. 450-502.

37 Pozzi, *Les mouvements gaullistes*, S. 216.

38 P. Serne, *Le Parti socialiste 1965–1971*, Paris 2003, S. 64.

fügten, gründeten vollwertige Presseämter.<sup>39</sup> Die Propagandamittel wurden vielfältiger und überschwemmten bald die Wahlkämpfe mit Stiften, T-Shirts, Ballons oder Schmuck in den Farben der Partei.<sup>40</sup> Ein besonderes Augenmerk lag auf Parteilogos, die fast überall permanent neu bearbeitet wurden. Slogans wie „Das Leben verändern!“ oder „Mehr Demokratie wagen“ bildeten nunmehr den Kern der Wahlkämpfe.

Vor allem stellte diese Periode einen Wendepunkt in der Produktion von politischen Plakaten und Flugblättern dar. Die Verbreitung der nötigen Ausstattung ermöglichte den lokalen Arbeitsgemeinschaften, hektographierte Propagandamittel selbst zu produzieren. Der Inhalt wurde immer mehr von der Werbung beeinflusst. Anwendung von Fotos, Vereinfachung der Texte, Einsatz von Humor kontrastierten mit den oft komplexen und glanzlosen Plakaten der früheren Jahre und machten die Botschaften noch überzeugender. Auch das während der Studentenbewegung popularisierte Flugblatt wurde zum „Ausdrucksmittel politischer Emanzipation von unten“.<sup>41</sup> All dies illustrierte eine wesentliche Veränderung in der Übertragung der politischen Botschaft.<sup>42</sup>

Grundlage dieser Übertragung wurde immer mehr das politische Programm, das jetzt in der ganzen Mitgliedschaft bekannt und verbreitet war. Im Laufe der siebziger Jahre gaben sich die meisten Parteien Langzeitprogramme, die die politischen Perspektiven für die nächsten Jahrzehnte setzten und den Mitgliedern eine vollständige Argumentation für die Mobilisierungsarbeit brachten. Obwohl die Parteien schon seit Ende des 19. Jahrhunderts über Programme verfügten, beschränkten sich diese in der Nachkriegszeit oft auf Orientierungsrichtlinien für die Unterstützung oder Ablehnung der Regierungspolitik. Langfristige Perspektiven waren in den programmatischen Leitsätzen der fünfziger und sechziger Jahre kaum zu finden. Erst 1978 verabschiedete die CDU ihr erstes Grundsatzprogramm nach einer zehnjährigen Diskussion, die das interne Leben der Partei eine Dekade lang prägte.<sup>43</sup> Auch die SPD hatte 1975 einen „Orientierungsrahmen 85“ – ebenfalls „Langzeitprogramm“ benannt – angenommen. In Frankreich waren die siebziger Jahre die Zeit des *Programme commun de la Gauche*, das 1972 von PCF, PS und dem Mouvement des radicaux de gauche unterzeichnet wurde.<sup>44</sup> Im Gegensatz zu früheren programmatischen Texten, die bisher hauptsächlich für die Kader bestimmt waren, dienten diese Programme in erster Linie der Mobilisierung der Massen und gehörten zum Werbungsmaterial für die Basisarbeit. Die jungen Kommunisten gaben sich

39 Courtois/Lazar, S. 387.

40 J. Angster, „Der neue Stil. Die Amerikanisierung des Wahlkampfes und der Wandel im Politikverständnis bei CDU und SPD in den 1960er Jahren“, in: A. Dornheim/S. Greiffenhagen (Hrsg.), Identität und Politische Kultur, Stuttgart 2003, S. 181-204.

41 K. Wernecke, „Flugblatt und Flugschrift in der Studentenbewegung der sechziger Jahre“, in: W. Faulstich (Hrsg.), Die Kultur der 60er Jahre, München 2003, S. 165-176.

42 T. Mergel, Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990, Göttingen 2010.

43 Bösch, Macht und Machtverlust, S. 37-44.

44 Programme commun de gouvernement du Parti communiste français et du Parti socialiste (27 juin 1972), Paris 1972. D. Tartakowsky/A. Bergougnieux (Hrsg.), L'Union sans unité: le Programme commun de la gauche, 1963–1978, Rennes 2012.

damals den Slogan: „Une seule solution, la Révolution! Un seul chemin, le Programme commun!“<sup>45</sup>

Die Parteien versuchten auch, sich der Jugend direkter hinzuwenden. Angesichts des latenten Generationskonflikts stützten sie ihre Aktion auf Jugend- und Studentenverbände, denen sie eine bisher unbekannte Autonomie gewährten. Diese Organisationen erlebten in den siebziger Jahren ein goldenes Zeitalter. In der Bundesrepublik verstanden sich die Jungsozialisten und die Jungdemokraten als Sammelbecken der APO und radikalisierten sich unter dem Einfluss der linken Studentenorganisationen.<sup>46</sup> Die Junge Union ihrerseits bezeichnete sich selbst als „Sprachrohr der jungen Generation“ und beabsichtigte gleichzeitig, eine alternative Stimme der Jugend zu erheben und ihr innerhalb der CDU Gehör zu verschaffen.<sup>47</sup> In Frankreich wurden die jungen Kommunisten (MJCF) im Dezember 1970 umstrukturiert, um ihnen breiteren Handlungsspielraum zu verschaffen.<sup>48</sup> 1971 wurden die französischen Jungsozialisten (MJS) im Fahrwasser des Parti socialiste im Zeichen der Autonomie neugegründet.<sup>49</sup> Die erste Hälfte der siebziger Jahre repräsentiert infolgedessen in der Geschichte aller parteilichen Jugendverbände eine Referenzperiode.

Diese Modernisierung der Parteien erlaubte eine steigende Beteiligung ihrer Basis und die Erneuerung der Parteiarbeit unter dem Einfluss neuer, von der Studentenbewegung eingesetzter Mobilisierungsformen. Diese Entwicklung wirkte mehr oder weniger in allen Parteien – je nach ihrer politischen Kultur. Mitglieder der CDU beteiligten sich nun und organisierten Protestdemonstrationen wie z. B. anlässlich des Treffens zwischen Willy Brandt und Willi Stoph in Kassel im Mai 1970. In Universitätsstädten wie West-Berlin und Frankfurt/Main bildeten junge Mitglieder der CDU Aktionsgruppen mit dem Ziel, die Arbeit ihrer linken Gegner zu stören und eine grundsätzliche Reform der Partei zu fordern.<sup>50</sup> In Frankreich entwickelte sich durch das Experiment der im Mai 68 gegründeten *Comités de défense de la République* (CDR) ein neuer Aktivismus innerhalb der gaullistischen Partei.<sup>51</sup> Eine ähnliche Veränderung betraf die nicht-kommunistische Linke wie die Gewerkschaften und die Selbstverwaltungsbewegung (*mouvement autogestionnaire*) im Rahmen lokaler Aktionsstrukturen wie den *Groupes d'action municipaux* (GAM).<sup>52</sup> In den meisten Parteien wäre ein solches Engagement ein Jahrzehnt zuvor noch kaum vorstellbar gewesen. Die Verbreitung neuer Mobilisierungsformen und die

45 „Eine einzige Lösung, die Revolution! Ein einziger Weg, das gemeinsame Programm!“

46 Krabbe, Parteijugend.

47 Archiv der christlich-demokratischen Partei (ACDP), IV-007-024/1, „Deutschlandtag vom 1-3 Oktober 1971 in Bremen“, „Ergebnisse des Deutschlandtages 1971 der Jungen Union Deutschlands, Rechenschaftsbericht von Jürgen Echternach“.

48 AD93, Fonds Roland Leroy, 263 J 37, „Congrès National du Mouvement de la Jeunesse Communiste de France – statuts“. Siehe auch M. Dubois, „Mai 68 et la relance des jeunesses communistes: fin de la jeunesse ouvrière et renouveau identitaire“, in: *Revue d'histoire critique*, 2014.

49 J.-F. Claudon/J. Guérin, *Cheveux longs et poings levés. Les Jeunes du CERES de 1971 à 1981*, Paris 2012, S. 113-114.

50 Über Frankfurt siehe Kittel, *Marsch durch die Institutionen?*, S. 30-48.

51 Audigier, „La chiraquisation de l'UDR“, S. 202.

52 H. Hartzfeld, *Faire de la politique autrement. Les expériences inachevées des années 1970*, Rennes 2005.

Systematisierung der politischen Tätigkeit in den Parteien spiegelten die Banalisierung der Mobilisierungsarbeit und die Normalisierung des Aktivismus wider.

Mit dieser steigenden Rolle der Mitgliederbasis innerhalb der Parteien wurde nun ihre Ausbildung besonders berücksichtigt. Während diese bislang eher den Parteikadern gewidmet war, richteten sich die Ausbildungsstrukturen jetzt an die Basis. Die Anzahl der föderalen Schulen des PCF und deren Teilnehmer stieg zum Beispiel von 131 Schulen und 1591 Teilnehmer im Jahr 1967/1968 auf 1968 Schulen und 2410 Teilnehmer im Jahr 1969/1970.<sup>53</sup> Die Inhalte der Ausbildung waren nunmehr weniger nach dem Vorbild des Schulunterrichts gestaltet und bevorzugten die Verbreitung konkreter Mobilisierungsmethoden sowie die Beteiligung an der politischen Diskussion.

Eine größere Rolle in den Entscheidungsprozessen wurde auch der Basis zugesprochen. Das beste Beispiel dafür war die wachsende Bedeutung der Parteitage für das politische Leben der verschiedenen Gliederungen der Partei. Bis in die sechziger Jahre waren die meisten Parteitage bloße Applausveranstaltungen, bei denen sich die Parteiprominenz sehen ließ. Ab Ende des Jahrzehnts verwandelte die Politisierung der Diskussionen diese Treffen in breite Diskussionsforen, wo die verschiedenen Richtungstendenzen der Partei zu Wort kommen konnten. Die steigende Anzahl der Anträge veranschaulichte diese Entwicklung. Auf den Parteitagen der SPD wuchs sie von 95 Anträgen 1962 auf 281 1966 und explodierte nach 1968 mit 1343 beim Parteitag 1973.<sup>54</sup> Auch auf den unteren Ebenen war die Diskussionsbereitschaft einfacher Mitglieder größer geworden.<sup>55</sup> Die Orts- oder Kreistreffen fanden regelmäßiger statt und sammelten jetzt einen bedeutenden Anteil der lokalen Mitgliedschaft. Parallel zur Anzahl der aktiven Mitglieder erhöhte sich die Zahl der Parteifunktionäre und der parteilichen Mandatsträger. Selbst wenn diese Entwicklung der internen Diskussionen nicht unbedingt einen größeren Einfluss der Basis auf die Entscheidungsprozesse bedeutete, war sie ein Zeichen der neuen Beteiligung der ganzen Mitgliedschaft in der innerparteilichen Demokratie.

Schließlich verursachte die Beitrittswelle eine dauerhafte Veränderung der Mitgliederstruktur der Parteien. Der massive Beitritt junger Leute vor und nach der Studentenbewegung gewährte ihrer Generation eine beherrschende Stellung in den folgenden Jahrzehnten. Dies war unter anderem der Fall bei dem PCF, wo die Mitglieder unter vierzig Jahren 1979 zum ersten Mal in der Mehrheit waren.<sup>56</sup> Nach dem brutalen Rückgang der

53 N. Éthuin, *À l'école du parti. L'éducation et la formation des militants et des cadres au parti communiste français (1970–2003)*, Diss. der Universität Lille 2 2003, S. 112.

54 Vorstand der SPD, Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 26. bis 30. Mai 1962 in Köln, Bonn 1962; id., Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg, Bonn 1968; id., Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973 in Hannover, Bonn 1973. Siehe auch T. Großbölting, „Als Laien und Genossen das Fragen lernten. Neue Formen institutioneller Öffentlichkeit im Katholizismus und in der Arbeiterbewegung der sechziger Jahre“, in: M. Frese / J. Paulus / K. Teppe (Hrsg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Schöningh 2003, S. 168.

55 W. Falke, *Die Mitglieder der CDU - Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisation der CDU 1971–1977*, Berlin 1982.

56 P. Buton, „Les effectifs des communistes en Europe occidentale depuis 1968“, in: *Communisme*, 17 (1988), S. 16-17.

Beitritte ab den achtziger Jahren, stellte die „68er Generation“ 1997 32,7 % der Mitgliedschaft dar, damit weit vor den älteren und jüngeren Generationen.<sup>57</sup>

Diese Beitrittschwelle junger Mitglieder veränderte auch die Auswahlweise des politischen Personals. Die politische Laufbahn innerhalb der Partei u.a. die Mitgliedschaft in ihrer Jugendorganisation wurden zum bevorzugten Zugangsweg in die politische Karriere.<sup>58</sup> Dies akzentuierte die Funktion der Nachwuchsorganisationen als „Rekrutendepot“ für die Parteien und die Regierungsgremien.<sup>59</sup> Die größere Rolle der Parteibasis in den innerparteilichen Wahlprozessen verschaffte nun den Kandidaten mit einer langen aktiven Mitgliedschaft einen gewissen Vorsprung, da diese eine erfolgreiche Laufbahn in der Partei und in die politischen Ämter vereinfachte. Noch erfolgreicher als die „Schröder-Generation“ zwischen 1998 und 2005<sup>60</sup> wurden die ehemaligen JU-Mitglieder. Zu Beginn des Jahres 2012 wurden drei der vier höchsten Staatsämter der Bundesrepublik von ehemaligen JU-Mitgliedern der siebziger Jahre bekleidet: das des Bundespräsidenten (Christian Wulff), des Präsidenten des Bundestages (Norbert Lammert) und des Präsidenten des Bundesrates (Horst Seehofer). Eine ähnliche Entwicklung fand in Frankreich statt. Die zwei höchsten Vertreter der Republik zwischen 2008 und 2011, der Präsident Nicolas Sarkozy und der Präsident des Senats Gérard Larcher, hatten ihre politische Karriere bei den jungen Gaullisten begonnen. Ebenso waren die ehemaligen Mitglieder der Jugendorganisationen besonders stark vertreten. Von den 52 Mitgliedern des Kabinetts Merkel II zwischen 2009 und 2013 hatten 35 ihre Karriere in einer Jugendorganisation angefangen, d. h. 67,3 %. Obgleich der Anteil in Frankreich deutlich niedriger liegt, ist er dennoch hoch. Von 68 Mitgliedern der drei Kabinette Fillon unter der Präsidentschaft Sarkozys zwischen 2007 und 2012 hatten 17 einer politischen Jugend- oder Studentenorganisation angehört, d. h. 25 %. Diese Entwicklung illustriert die größere Rolle der Parteien und ihrer Verbände innerhalb der Demokratie.

Die Zeit vor und nach der 68er-Bewegung war also ein entscheidender Moment der Konsolidierung der Mitwirkung politischer Parteien in der deutschen und französischen Demokratie. Ihre verstärkte Stellung in der Gesellschaft der sechziger und siebziger Jahre hinterließ dauerhafte Zeichen in der Städtelandschaft. Imposante Gebäude moderner Architektur wurden damals für die Sitze der Parteizentralen gebaut und verkörperten deren Macht. Gute Beispiele dafür sind den Sitz des PCF (1971) in Paris, das Konrad-Adenauer-Haus (1972) und das Erich-Ollenhauer-Haus (1975) in Bonn.

Die neuen rechtlichen und finanziellen Mittel, die den Parteien in den zwei Jahrzehnten der Nachkriegszeit beschert wurden, stellten die nötigen Bedingungen für einen Wandel der Wähler- in Mitgliederparteien durch die Integration der 68er-Politisierungswelle in

57 F. Platone/J. Ranger, „Les adhérents du Parti communiste français en 1997“, in: Cahiers du CEVIPOF, 27 (2000), S. 99.

58 M. Offerlé/F. Sawicki (Hrsg.), „Entrées en politique: apprentissages et savoir-faire“, in: Politix, 35 (1996); G. Le Béguet, „Les circuits de formation du personnel politique“, in: S. Berstein/P. Milza (Hrsg.), Axes et méthodes de l'histoire politique, Paris 1998, S. 303-318.

59 W. Krabbe, „Rekrutendepot, oder politische Alternative?“, in: Geschichte und Gesellschaft, 27 (2001), S. 274-307.

60 Kraushaar, 1968 als Mythos, S. 245-246.

die parteiliche Demokratie her. Nach dieser Ansicht hat die 68er-Bewegung weniger dazu geführt, die politischen Parteien in Frage zu stellen, als sie indirekt zu institutionalisieren. Die massive Politisierung der Jugend machte sie für die Mobilisierung und Vertretung erforderlicher denn je, was dem in den Nachkriegsjahren errichteten Rahmen der Parteiendemokratie ihre wahre Bedeutung verlieh. Die Antwort der politischen Parteien auf die Herausforderung der Protestbewegung war also eine Beschleunigung und Vertiefung des bereits in Gang befindlichen innerparteilichen Wandlungsprozesses. Die wachsende Autonomie der internen Gliederungen, die größere Beteiligung der Mitgliederbasis, die Entwicklung des Aktivismus, die Modernisierung der Verbreitung der politischen Botschaft, die Veränderung der Auswahlweise des politischen Personals stellten Grundelemente dieses Wandel dar.

In vielen Bereichen trat dieser Wandel frühzeitiger und grundsätzlicher in der Bundesrepublik ein, wo das Demokratisierungsgebot der Nachkriegsjahre eine wesentliche Rolle im Aufbau des Parteiensystems spielte. Der frühe Demokratisierungsprozess der Parteistrukturen und -funktionsweisen in den fünfziger und sechziger Jahren akzentuierte die seit Ende des 19. Jahrhunderts wesentliche Stellung der Parteien in der deutschen Gesellschaft. Im Gegensatz dazu befanden sich die französischen Parteien in vielen Aspekten im Rückstand und wurden deswegen von der 68er-Bewegung weniger beeinflusst.

Dennoch bildete der Wandel der politischen Parteien in dieser Zeit ein wesentliches Element der Konvergenz beider Gesellschaften.<sup>61</sup> In der Bundesrepublik wie in Frankreich erforderte die Infragestellung der parteilichen Demokratie eine Aktualisierung der Integrationsweise der Massen in die Demokratie.

61 H. Kaelble, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991; H. Miard-Delacroix/R. Hudemann (Hrsg.), *Wandel und Integration. Deutsch-Französische Annäherungen der fünfziger Jahre – Mutations et intégration. Les rapprochements franco-allemands dans les années cinquante*, München 2005.